

R1

einstimmig beschlossen

Analyse und Konsequenzen aus dem Ergebnis der Bundestagswahl 2013 für die SPD

Mit 25,7% hat die SPD das zweitschlechteste Ergebnis bei einer Bundestagswahl erzielt und stagniert in ihrem bundesweiten Zuspruch nach dem noch katastrophaleren Ergebnis im Jahr 2009 unter Führung von Frank-Walter Steinmeier (23%). Die größte Krise in der die Sozialdemokratie in der Nachkriegszeit steckte ist damit längst noch nicht überwunden. Für uns Jusos in Braunschweig kann und darf es daher kein einfaches „weiter so“ oder - wie es Peer Steinbrück formuliert hat - „weiter machen“ geben.

Zunächst stellt sich die Frage, warum es trotz des Beginns der inhaltlichen Erneuerung noch nicht gelungen ist, die Wählerschaft deutlich stärker auf die Seite der SPD zu ziehen.

Grundsätzlich halten wir Jusos fest, dass der bisherige inhaltliche Erneuerungsprozess richtig und wichtig gewesen ist. Er ist das Resultat der Einsicht, dass Teile der sozialdemokratischen Regierungspolitik des letzten Jahrzehnts die soziale und ökonomische Situation vieler Menschen, als deren Anwalt wir uns immer verstanden haben, negativ beeinflusst hat. Dieser Erneuerungsprozess, der auch die Korrektur eigener Fehler beinhaltet, muss konsequent fortgesetzt werden.

Jedoch gab es durch den absoluten Ausschluss einer Zusammenarbeit mit der Partei DIE LINKE vor und während des Bundestagswahlkampfes nie eine realistische Option, eine Mehrheit für einen echten Politikwechsel im Bundestag zu erreichen. Diese Tatsache hat dazu geführt, dass viele Nichtwählerinnen und Nichtwähler von 2009, die man insbesondere für die SPD mobilisieren wollte, keine mehrheitsfähige Alternative zum Politikkurs der Regierung Merkel gesehen haben.

Gleichzeitig muss auch offen und ehrlich über das Führungspersonal gesprochen werden. Nachdem Frank-Walter Steinmeier nach dem großen Wahldebakel aus dem Jahr 2009 mit 23% keine Flucht aus der Verantwortung beschritten hat und die Oppositionsführung für vier Jahre, sowie den Weg der SPD aus der Opposition in eine starke Regierung mit den Grünen führen wollte, ist festzustellen, dass dies nicht gelungen ist. Wir betonen hierbei, dass es ihm aber auch mit der neuen und richtigen inhaltlichen Positionierung der SPD nicht möglich war. Die Bevölkerung nimmt uns einfach nicht ab, dass er als Architekt der Hartz-Reformen vor allem in der Arbeitsmarktpolitik nun vollkommen andere Positionen umsetzen möchte als die, die er noch vor einigen Jahren vertreten hat.

In diesem Zusammenhang stand auch Peer Steinbrück jahrelang für den radikalen, neoliberalen Kurs der rot-grünen Bundesregierung in der Arbeitsmarktpolitik. Damit verbunden waren die Ausweitung des Niedriglohnssektors und die Zunahme der atypischen Beschäftigung durch befristete und Leiharbeitsverhältnisse. Dass er nunmehr Positionen vertritt, die dem gegenüberstehen, ist schwer vermittelbar. Darüber hinaus wurde in der Öffentlichkeit ein desaströses Bild Peer Steinbrücks gezeichnet, dessen Entstehen der Kanzlerkandidat durch unprofessionelles Verhalten selbst begünstigt hat. Auch wenn dies in den letzten Wochen verbessert wurde, indem er endlich die Inhalte des Wahlprogramms und nicht seine eigene Person in den Vordergrund gestellt hat („Pinot-Grigio-Affäre“, „Kanzler-Gehalt-Misere“, „Kindergeld-Fauxpas“), wurde die unprofessionelle Außendarstellung durch die „Stinkefinger-Affäre“ bis zuletzt in den Köpfen der Bevölkerung verankert.

Wir möchten bei der Kritik an diesen beiden Personen herausstellen, dass sie nicht allein für das schlechte Ergebnis verantwortlich sind. Sie haben sicherlich in den vergangenen Jahren engagiert und gemäß ihrer inhaltlichen Überzeugungen viele gute Ergebnisse für die Sozialdemokratie erreicht. Auch andere Faktoren, wie die kurz vor der Wahl angestoßene Anti-Merkel-Kampagne aus dem Willy-Brandt-Haus, die unsere Inhalte in den Hintergrund geraten ließ, haben zum schlechten Ergebnis beigetragen. Nichtsdestotrotz fordern wir als Konsequenzen:

- ein Ende des kategorischen Ausschluss der Zusammenarbeit mit der Partei DIE LINKE vor Bundestagswahlen
- die Fortführung des inhaltlichen Erneuerungsprozesses der SPD

- dem inhaltlichen Erneuerungsprozess muss nun auch personeller Erneuerungsprozess folgen - mit einem Führungspersonal, das die Kurskorrekturen aus innerer Überzeugung glaubhaft vertreten kann
- zukünftig keine „CDU/FDP-Gegenkampagnen“ wie bei der Europawahl 2009 sowie den Bundestagswahlen 2009 und 2013 - die Inhalte der SPD müssen konsequent und klar herausgestellt werden
- dem Eintritt in eine große Koalition darf nur zugestimmt werden, wenn wesentliche Eckpunkte aus dem Regierungsprogramm umgesetzt werden können (u.a. branchenunabhängiger Mindestlohn von mindestens 8,50 EUR, Wegfall des Betreuungsgeldes, Einführung der Vermögenssteuer) - dies kann auch durch einen Mitgliederentscheid geschehen